



ANKLAGEN

Frühjahr 2024

KOSTENLOS - ZUM MITNEHMEN



Wenn der Staat Dein Feind ist – Verfolgung mit dem Ziel der Vernichtung ■
Gemeinsames Europäisches Asylsystem: Stop GEAS – entschlossen und kon-
sequent solidarisch sein ■ So deutsch, wie es schon lange nicht mehr war ■
WEF – World Economic Failure ■ Simbabwe: Zurück zur Diktatur? ■ Barbara
Walker – Bilder mit Zärtlichkeit ■ Städte gegen die Todesstrafe ■ Mahn-
wache für zivile Opfer des Nahostkonflikts ■ Erfolge 2023

Inhalt

Editorial	2
Wenn der Staat dein Feind ist – Verfolgung mit dem Ziel der Ver- nichtung	3
Gemeinsames Europäisches Asyl- system: Stop GEAS – entschlossen und konsequent solidarisch sein	6
So deutsch, wie es schon lange nicht mehr war	8
WEF – World Economic Failure.....	9
Simbabwe: Zurück zur Diktatur...11	
Barbara Walker – Bilder mit Zärtlichkeit	14
Städte gegen die Todesstrafe.....	18
Mahnwache für zivile Opfer des Nahostkonflikts.....	19
Erfolge 2023.....	19
Briefe gegen das Vergessen.....	21

Impressum

ANKLAGEN ist kein offizielles Amnesty-Organ. ANKLAGEN wird vom Amnesty-Bezirk Tübingen herausgegeben. In einzelnen Beiträgen, insbesondere in namentlich gekennzeichneten, wird nicht immer die Meinung von Amnesty International vertreten.

ANKLAGEN erscheint 4-mal jährlich. Der Bezug ist kostenlos.

Redaktion:

Benedikt Dorfner, Christian Eisenreich, Sophie Holzäpfel, Werner Hummel, Anna Kaufmann, Victoria Kropp, Joachim Lerchenmüller (ViSDP), Mali Lüssenhop, Eva Scheerer, Heiderose Schwarz

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

13.02.2024

Auflage: 3.800

Druck: Druckerei Deile, Tübingen.

Titelbild: Julian-Assange-Poster von Somerset Bean Graphic Design, CC BY-SA 4.0 und Alexei Nawalny vor dem Moskauer Amtsgericht 2021 (Foto von unbekannt); s. hierzu Artikel Seite 3.

Der Nachdruck aus ANKLAGEN ist ausdrücklich erwünscht. Wir bitten um Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren. Über Zuschriften und Beiträge freuen wir uns sehr.

Liebe Freunde,

Tod macht erfinderisch. Weil im US-Staat Alabama immer wieder Hinrichtungen mit der Giftspritze scheiterten und die Beschaffung der tödlichen Substanz zuletzt schwierig und teuer wurde, greift der Staat dort nun zur günstigen Stickstoffmaske. Als Versuchskaninchen diente der 1988 zum Tode verurteilte Auftragsmörder Kenneth Smith, der bereits eine Hinrichtung mit der Giftspritze im Jahr 2022 überlebte. Im Vorfeld betonten die Behörden, dass bei einer Stickstoffhypoxie nach kurzer Zeit die Bewusstlosigkeit eintreten und Smith fast nichts mitbekommen würde.

Wie die letzten Minuten des noch lebenden Kenneth Smith dann tatsächlich abliefen, wird aus Augenzeugenberichten deutlich. Rund eine Viertelstunde wurde Stickstoff in die Maske gepumpt. Zu Beginn wehrte sich Smith und versuchte, die Luft anzuhalten. Danach krümmte und schüttelte er sich mindestens zwei Minuten lang im aussichtslosen Todeskampf auf der Liege, bevor sein Körper aufgab und endlich die erlösende Sterbephase begann. Zunächst noch tief, dann immer flacher atmete Smith den Stickstoff ein. Nach einer Röchelphase und einigen letzten Zuckungen war schließlich nichts mehr zu hören und Smith wurde am 26.01.2024 um 20:25 Uhr Ortszeit für tot erklärt.

Während die Zeugen noch versuchten, diese grausamen Szenen zu verarbeiten, klopfte man sich im Alabama Department of Corrections bereits gegenseitig auf die Schulter. Es sei alles genauso abgelaufen wie erwartet, so der Leiter John Q. Hamm bei einer Pressekonferenz. Alles eingepreist. Hauptsache die Hinrichtung war billig.

Auch in den US-Staaten Oklahoma und Mississippi ist die Stickstoffhypoxie derzeit zugelassen. Amnesty International und andere Nichtregierungsorganisationen fordern seit vielen Jahren die weltweite völlige Abschaffung der Todesstrafe in jedweder Form.

Ihr Christian Eisenreich

ANKLAGEN im Internet:

Online-Ausgabe: www.anklagen.de

E-Mail: info@amnesty-tuebingen.de

Sie finden das Amnesty-Büro in der
Wilhelmstr. 105 (im Glasanbau, Untergeschoss), 72074 Tübingen,
Internet: www.amnesty-tuebingen.de

Beratungstermine für Interessenten:

donnerstags um 20 Uhr (während des Semesters)

Es wird empfohlen, per E-Mail einen Termin zu vereinbaren:

hsg@amnesty-tuebingen.de

Wenn der Staat Dein Feind ist – Verfolgung mit dem Ziel der Vernichtung

„Staatsraison“ war nach den Erfahrungen des NS-Regimes ein abgenutzter und problematischer Begriff aus der Staatsrechtslehre, der im politischen Diskurs der Bundesrepublik lange gemieden wurde. Nur während der Hochphase des RAF-Terrorismus spielte er in der Tagespolitik wieder eine Rolle. Seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 wird das Konzept „Staatsraison“ in vielen – auch demokratischen – Staaten wieder zur Legitimierung von Menschenrechtsverletzungen benutzt. Der Staat mit seinem Selbstbehauptungswillen wird damit zum direkten Feind des einzelnen Menschen und seiner Rechte. Zwei prominente Opfer von Staatsraison sind Alexej Nawalny und Julian Assange.

Seit 2013 wurden laut Recherchen von Amnesty International 3.738 Personen wegen „terrorismusbezogener Straftaten“ in Russland schuldig gesprochen. Mehr als 90 Prozent dieser Verurteilungen erfolgten nicht im Zusammenhang mit begangenen oder geplanten Terroranschlägen, sondern wegen Handlungen wie der angeblichen „Rechtfertigung des Terrorismus“. Die Zahl dieser Verurteilungen hat sich in den vergangenen zehn Jahren um das 50-Fache erhöht. Nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine sind bereits Sympathiebekundungen für die Ukraine für derartige strafrechtliche Verfolgungen ausreichend.

Alexej Nawalny ist tot

Alexej Nawalny ist am 16. Februar 2024 im russischen Straflager IK-3 „Polarwolf“ ums Leben gekommen. Die genauen Umstände seines Todes sind bei Redaktionsschluss nicht bekannt. Die Nachricht von seinem Tod kommt leider nicht überraschend: Dass Nawalny seit seiner freiwilligen Rückkehr nach Russland im Januar 2021 in permanenter Lebensgefahr schwebte, war allen klar. Alexej Nawalny ist ein weiteres Opfer des Putin-Regimes, das keine Kritik und keine politische Opposition mehr duldet. Dem Selbstbehauptungswillen des Regimes fielen in den letzten zwei Jahrzehnten viele Oppositionelle zum Opfer (siehe ANKLAGEN Sommer 2021 und Frühjahr 2022):

Die investigative Journalistin und Menschenrechtsaktivistin Anna Politkowskaja wurde 2006 in Moskau erschossen. Der ehemalige KGB-Agent und Putin-Kritiker Alexander Litwinenko wurde 2006 im englischen Exil mit Polonium vergiftet. Der im politischen Exil lebende Boris Beresowski wurde 2013 in seinem Haus im englischen Ascot tot aufgefunden. Am 27. Februar 2015 wurde Boris Nemzow, ehemals Vizeministerpräsident der Russischen Föderation, im Zentrum von Moskau erschossen: Er war 2008 zunächst als Gegenkandidat Putins bei der Präsidentschaftswahl angetreten, 2012 unterstützte er die Proteste gegen mutmaßliche Wahlfälschungen. Auf den russischen Journalisten, Politiker und Menschenrechtsaktivisten Wladimir Kara-Mursa verübte der russische Geheimdienst FSB 2015 und 2017 Giftanschläge, die dieser nur knapp überlebte. Am 17. April 2023 verurteilte ihn ein Moskauer Gericht wegen „Hochverrats“, der „Verbreitung falscher Informationen über die Streitkräfte“ und der „Zusammenarbeit mit einer unerwünschten Organisation“ zu 25 Jahren Strafkolonie. Wladimir Kara-Mursa hat schwere gesundheitliche Probleme. Amnesty International betrachtet ihn als gewaltlosen politischen Gefangenen, der umgehend und bedingungslos freigelassen werden muss.



*Alexei Nawalny vor dem Moskauer
Amtsgericht 2021*

Fotograf: unbekannt

2021 verboten russische Gerichte die zivilgesellschaftlichen Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen „Memorial International“, das „Menschenrechtszentrum Memorial“ sowie die von Alexej Nawalny gegründete „Stiftung für Korruptionsbekämpfung“. Zahlreiche ehemalige Mitarbeitende dieser Organisationen befinden sich mittlerweile in Haft oder werden gerichtlich verfolgt. „Sie haben sich als so barbarisch und rücksichtslos erwiesen, wie Ihre ärgsten Feinde es behauptet haben. Sie haben gezeigt, dass Sie keine Achtung vor dem Leben, vor der Freiheit oder irgendeinem Wert der Zivilisation haben.“ Diese



Navalny nach einer Brillantgrün-Attacke 2017

Foto: Erogeny Feldman - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=65507976>

Aussage Alexander Litwinenkos, 2006 öffentlich an Wladimir Putin gerichtet, scheint in den vergangenen 18 Jahren nicht an Gültigkeit verloren zu haben.

Die Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland, Julia Duchrow, richtete in einer Presseerklärung nach der Meldung des

Todes von Alexej Nawalny folgenden Appell an die deutsche Bundesregierung: „Der Tod von Nawalny ist nun auch eine deutliche und traurige Aufforderung an die Bundesregierung, die russische Zivilgesellschaft weiter zu unterstützen und gegenüber der russischen Führung zu fordern, ihren systematischen

Angriff auf die Zivilgesellschaft zu beenden.“

Gerechtigkeit für Julian Assange

Nicht nur in der Russischen Föderation dient die Staatsraison als Rechtfertigung für die systematische Verfolgung von Kritikern. Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen kritisieren auch die USA für die Missachtung rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Standards bei der Verfolgung von Kritikern. So fordert Christian Mihr, der stellvertretende Generalsekretär von Amnesty International in Deutschland, „die Anklagen gegen Julian Assanges Arbeit im Zusammenhang mit Wikileaks fallen zu lassen. Auch die Bundesregierung muss gegenüber ihren Verbündeten klarmachen, dass sie diese Verfolgung nicht hinnimmt.“

Die Anhörung am 20. und 21. Februar 2024 vor einem Gericht in London endete ohne Urteil. Die zuständigen Richter werden frühestens im März bekannt geben, ob Julian Assange gegen den von den USA angestrebten Auslieferungsbeschluss erneut Berufung einlegen kann. In den Vereinigten Staaten



Kundgebung in St. Petersburg am 23. Januar 2021 wegen Navalnys Verhaftung

Foto: Tcapb - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=102489150>

drohen ihm bis zu 175 Jahre Gefängnis sowie mögliche Misshandlung und Folter in Haft. Der Gründer der Enthüllungsplattform Wikileaks wurde 2019 von britischen Behörden festgenommen und ist aktuell in einem Hochsicherheitsgefängnis inhaftiert. Vor seiner Inhaftierung musste er sich über Jahre in der Botschaft Ecuadors in London aufhalten, weil nur dieses Land ihm politisches Asyl gewährte.

Die USA fordern seine Auslieferung, weil er Dokumente auf Wikileaks veröffentlichte, die mögliche Kriegsverbrechen des US-Militärs zeigen. Die strafrechtliche Verfolgung von Julian Assange wäre ein schwerer Schlag für die Meinungs- und Pressefreiheit weltweit. Christian Mihr betont, Assange habe „auf Wikileaks schwere Menschenrechtsverletzungen und mögliche Kriegsverbrechen öffentlich gemacht – die Pressefreiheit gibt ihm das Recht dazu. Seitdem verfolgt ihn die US-Regierung unerbittlich. Die Anhörung vor dem High Court ist Assanges letzte Chance, die Auslieferung an die USA in Großbritannien zu stoppen.“

Der unabhängige Sonderberichterstatte der Vereinten Nationen für Folter, der deutsche Völkerrechtswissenschaftler Nils Melzer, charakterisierte 2021 das Handeln der britischen und US-amerikanischen Behörden im Fall Assange mit deutlichen Worten: „Man kann über Assange denken, was man will, aber er ist nicht in einem Zustand, in dem man ihn ausliefern kann.“ Melzer sprach von einem „politisch motivierten Urteil“ und davon, dass eine „westliche Sicherheitskoalition“, zu der er auch die Bundesrepublik zählt, an Julian Assange „ein Exempel statuieren“ wolle: „Sie alle wollen Assange nicht auf freiem Fuß sehen, weil sie das Business-Modell der Geheimhaltung schützen wollen.“ Der UN-Sonderberichterstatte für Folter ist überzeugt, dass Julian Assange ein Jahrzehnt lang vor aller Augen nur deshalb so gnadenlos verfolgt werden konnte, ohne dass es einen Aufschrei der Empörung



Julian Assange

*Foto: David G. Silvers, Cancillería del Ecuador
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=77947969>*

gab, weil sein Ruf in der Öffentlichkeit systematisch zerstört wurde. In seinem im Juni 2023 veröffentlichten Buch „Der Fall Julian Assange – Geschichte einer Verfolgung“ zeigt Nils Melzer, wie die schwedische Justiz jahrelang wider besseres Wissen Julian Assange als Vergewaltiger darstellte, ohne ihm die Chance zu geben, die Dinge richtigzustellen. Erst im November 2019 wurde das schwedische Verfahren nach neun Jahren endgültig eingestellt, nachdem Melzer in einem offiziellen Schreiben fünfzig Hinweise auf schwere Verfahrensverstöße aufgelistet und Antworten auf seine Fragen verlangt hatte.

Alexej Nawalny können wir nicht mehr helfen. Noch können wir aber Julian Assange helfen, die Chance

auf eine Rückkehr in ein Leben in Freiheit zu wahren: Fordern Sie die USA auf, die Anklage gegen Assange fallen zu lassen, indem Sie die Amnesty-International-Petition unterstützen. Geben Sie den Link in Ihren Browser ein oder folgen Sie dem QR-Code:

<https://www.amnesty.de/usa-muessen-anklage-gegen-julian-assange-fallen>



Joachim Lerchenmüller

Stop GEAS – entschlossen und konsequent solidarisch sein

Amnesty International im Bezirk Tübingen ist Teil eines lokalen Bündnisses, das gegen die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) mobilisiert und eine menschenrechtskonforme europäische Asylpolitik fordert. Hier drucken wir den Text der Rede ab, den Pauline Hachenberg auf der Stop-GEAS-Demonstration in Tübingen am 3. Februar 2024 hielt. Sie ist Bezirkssprecherin und Mitglied der Amnesty Hochschulgruppe Tübingen.

In den letzten Wochen gab es viele Demonstrationen gegen Rechts-Extremismus. Ausschlaggebend war eine Veröffentlichung des Recherchenetzwerks CORRECTIV. Diese Demonstrationen sind ein wichtiges Zeichen der Hoffnung, aber allein reichen sie nicht aus. Und überhaupt kommen die Demonstrationen und kommt die Empörung zu spät, wenn sie sich erst jetzt formieren, wo auch Deutsche von Abschiebeplänen betroffen sind.

Menschenrechte gelten für alle Menschen, unabhängig von ihrem Pass und unabhängig von ihrem Herkunfts- oder Aufenthaltsort. Diese Selbstverständlichkeit wird durch den politischen, medialen und tatsächlichen Umgang mit Geflüchteten in Europa und außerhalb von Europa immer wieder in Frage gestellt. Wir sind teilnahmslos gewor-

den in Bezug auf Berichte und Bilder von Menschen, die Schutz suchen und deren Flucht tödlich endet. Aber wir dürfen nicht gleichgültig sein! Wir dürfen diese Entmenschlichung nicht hinnehmen!

Die politische Einigung auf eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, kurz: GEAS, im Dezember 2023 ist Produkt dieser Entfremdung und Entmenschlichung. Es ist eine Reform mit fatalen menschenrechtlichen Auswirkungen. Sie zementiert den Prozess der Europäischen Union hin zu Abschottung, Abschreckung und Verantwortungsauslagerung.

Gewichtige Argumente gegen GEAS

Drei Elemente der GEAS-Einigung zeigen in besonderem Maße,

dass diese Reform eine Politik der blinden Flecken für die Menschenrechte darstellt. Nämlich die Einstufung „sicherer“ Drittstaaten, die Durchführung von Grenzverfahren und die Krisenverordnung.

Erstens: „Sichere“ Drittstaaten – Durch die europäische Einigung können zukünftig mehr außereuropäische Staaten als „sicher“ eingestuft werden, um Menschen ohne Prüfung ihrer tatsächlichen Fluchtgründe dorthin abzuschicken, wenn sie diese Länder auf ihrer Flucht passiert haben.

Infolge der Reform des GEAS ist es für die Einstufung eines Landes als „sicher“ nicht mehr erforderlich, dass in diesem die Genfer Flüchtlingskonvention gilt oder dass das ganze Land „sicher“ ist. Wenn es eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Drittstaat und der

EU gibt, dann soll die „Sicherheit“ einfach vermutet werden können. Damit wird es viel einfacher, Staaten mit einer schlechten Menschenrechtssituation als „sicher“ einzustufen.

Zukünftig können sich Mitgliedstaaten also weitgehend aus dem Flüchtlingsschutz zurückziehen, indem sie Nachbarländer oder Staaten entlang der Fluchtrouten als „sicher“ erklären. Nicht nur, dass durch diese Neuerung Asylgesuche von Menschen in Europa nicht mehr inhaltlich geprüft werden, obendrein wird hierdurch die Gefahr völ-



Hunderte Menschen demonstrierten am 3. Februar 2024 in Tübingen gegen die Reform des europäischen Asylsystems (GEAS).

Quelle: Instagram

kerrechtswidriger Kettenabschiebungen in Herkunftsländer wie Syrien oder Afghanistan deutlich erhöht.

Die EU-Staaten sind völkerrechtlich verpflichtet, Verfolgten Schutz zu gewähren und dürfen sich dieser Verantwortung nicht entziehen!

Zweitens: Die Grenzverfahren – Zukünftig wird eine Vielzahl der Geflüchteten sogenannte Asylgrenzverfahren in geschlossenen Lagern durchlaufen müssen. Diese Grenzverfahren sollen maximal zwölf Wochen dauern. Daran kann sich dann noch ein Abschiebungsgrenzverfahren anschließen, welches ebenfalls bis zu zwölf Wochen dauern kann.

Es können also Menschen, die nichts verbochen haben, mehr als fünf Monate lang de facto inhaftiert werden. Die Grenzverfahren werden mit abgesenktem Rechtsschutz, ohne Rechtsbeistand und ohne die Möglichkeit medialer Berichterstattung stattfinden. Dabei sind die Asylsysteme der betreffenden Staaten an den Außengrenzen ja bereits jetzt massiv überfordert und mangelhaft, sodass Menschen, die dort ankommen, sich in elenden Situationen wiederfinden. Dass die neuen Grenzverfahren, die vor allem schnell gehen sollen, rechtsstaatlichen Anforderungen genügen werden, ist vor diesem Hintergrund nicht vorstellbar.

Unschuldige Menschen auf der Flucht zu inhaftieren und in verkürzten Verfahren abzufertigen ist unmenschlich!

Als Drittes und Letztes möchte ich auf die Krisenverordnung eingehen, die ebenfalls Teil des GEAS-Reformpakets ist. Aufgrund dieser Verordnung können in Zeiten erhöhter Ankunfts zahlen oder im Falle der so genannten „Instrumentalisierung“ Schutzsuchender, die gerade erklärten Grenzverfahren massiv ausgeweitet werden – sowohl in Bezug auf ihre Dauer als auch auf die betroffenen Personengruppen.

Diese Krisenverordnung ist anfällig für Missbrauch durch die Mitgliedstaaten, die durch das Erklären von Ausnahmen menschenrechtli-

che Mindeststandards fortlaufend unterschreiten werden. Und diese Ausnahmen betreffen alle Schutzsuchenden, auch Familien, Kinder und alle anderen vulnerablen Gruppen. Außerdem wird eine „Instrumentalisierung“ auch durch nicht-staatliche Akteure möglich sein, was einer Kriminalisierung humanitärer Hilfe den Weg bereitet. Dadurch wird sich die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer noch weiter verschlimmern.

Die Krisenverordnung öffnet wegen vermeintlicher „Krisenzustände“ Tür und Tor für Menschenrechtsverletzungen!

Rechtlosigkeit an den Außengrenzen

Die beschlossenen Verschärfungen werden das europäische Asylrecht für die nächsten Jahrzehnte prägen und drohen, die Rechtlosigkeit und Entmenschlichung an den Außengrenzen zur Norm zu machen. Durch ihre Zustimmung macht sich die deutsche Bundesregierung mitschuldig an zukünftigen Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen, denn ohne die Zustimmung Deutschlands hätte es keine Einigung gegeben.

Das GEAS ist ein fauler Kompromiss auf Kosten Schutzsuchender!

Wenn die Regierung also jetzt ihre Fassungslosigkeit über die durch die CORRECTIV-Recherchen aufgedeckten Abschiebepläne zum Ausdruck bringt, dann ist das schon im Lichte ihrer Zustimmung zur Reform des GEAS schlicht unglaubwürdig. Unglaubwürdig, weil Antirassismus und die GEAS-Reform einander ausschließen. Die Zustimmung zur menschenfeindlichen und rassistischen Reform des Asylsystems ist daher nichts anderes als eine bittere Selbstoffenbarung der Bundesregierung.

Was nun zu tun ist

Es ist wichtig, dass die entstehende zivilgesellschaftliche demokratische Bewegung gegen rechts sich

darin erinnert, dass zu einer antifaschistischen, antirassistischen und menschenrechtsbasierten Haltung gehört, das Recht aller Menschen auf Schutzgewährung anzuerkennen.

Wir müssen Druck auf die Bundesregierung ausüben, damit diese nicht weiterhin vor rechten Forderungen einknickt und damit sie die asylpolitische Debatte nicht weiter unsachlich und losgelöst von menschenrechtlichen Vorgaben führt.

Wir müssen uns der rechtspopulistischen Diskursverschiebung entschieden entgegenstellen, die Sprache der Spaltung klar ablehnen, dagegenhalten und für die eigenen Überzeugungen und Werte einstehen, wenn Abschiebungen und Verschärfungen gefordert werden und Sozialneid geschürt wird.

Wir alle müssen uns entschlossen und konsequent solidarisch zeigen, und zwar mit allen demokratischen Mitteln:

Schreiben Sie Briefe an Politiker*innen, unterzeichnen Sie Petitionen, gehen Sie auf Demonstrationen, treten Sie zivilgesellschaftlichen Organisationen bei, spenden Sie Geld an humanitäre Hilfsorganisationen, informieren Sie sich selbst und andere und sehen Sie die Zusammenhänge!

Unsere Solidarität muss praktisch werden!

Pauline Hachenberg

Dieser QR-Code führt Sie zur ANKLAGEN-Ausgabe Herbst 2023, die einen ausführlichen Beitrag zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) enthält.



So deutsch, wie es schon lange nicht mehr war

Der folgende Beitrag erschien am 27. November 2023 im Schwäbischen Tagblatt (Tübingen) und wurde von der Autorin auf der Benefiz-Veranstaltung für Amnesty International am 10. Dezember 2023 im Tübinger Club Voltaire vorgetragen. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung von Miri Watson.

Wenn ich aufwache, ist mir jetzt oft kalt. In meinem Kopf läuft ein Satz in Dauerschleife, den ich mal als Graffiti gesehen habe. Ein, zwei oder drei Jahre ist das her. Damals wurde das Kaufland in Tübingen umgebaut und auf die Sperrholzbretter, die baustellenbedingt die Fassade verkleideten, hatte jemand „Es ist deutsch in Kaltland“ gesprayed. Ich habe das damals schon sehr gefühlt. Aber ich glaube, dass es mittlerweile noch deutscher geworden ist. Vielleicht so deutsch, wie es in Kaltland sehr lange schon nicht mehr war.

Der Anschlag in Halle ist jetzt mehr als vier Jahre her; der Anschlag in Hanau fast vier. Gelernt haben wir daraus offenbar: Nichts. Schon der Antisemitismusbericht 2022 konstatierte, dass die Fälle extremer Gewalt gegen Jüdinnen und Juden einen Höchststand erreicht haben; im laufenden Jahr ist die Zahl antisemitischer Straftaten noch einmal deutlich angestiegen. Ebenso ist es mit antimuslimischem Rassismus: Die Häufigkeit von islamfeindlichen Straftaten ist in diesem Jahr eben-

falls extrem angestiegen – bereits in den ersten neun Monaten wurde die Zahl des Vorjahres übertroffen.

Gleichzeitig fantasiert der ehemalige Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen – der Ex-CDU-Mitglied und Bundesvorsitzender der Werteunion ist – auf seiner Webseite und auf der Webseite des rechtspopulistischen Wochenmagazins „Die Weltwoche“ von einer „Chemotherapie für Deutschland“, die es seiner Meinung nach bräuchte, um mit der von ihm wahrgenommenen „Migrationskatastrophe“ umzugehen: „Die Operationen, die notwendig sind, werden schmerzhaft sein. Wir werden uns aus der humanitären Kuschelwelt und der vermeintlich rechtsstaatlichen Komfortzone in die harte Realität des Operationssaals begeben müssen“, schreibt Maaßen und meint damit: Er findet, dass Migrantinnen und Migranten und Menschen auf der Flucht in Deutschland wie Tumore seien, die es zu entfernen gälte, no matter what.

Wann ist das zu einer Sache geworden, die zu sagen einfach so



Gedenkeränze an der Synagoge in Halle nach dem Anschlag vom 9. Oktober 2019

Quelle: www.amnesty.de

möglich ist? Wie ist es möglich, dass wir seit Jahren immer wieder Warnungen vor dem Rechtsruck des Diskurses lesen und der Diskurs dann trotzdem weiter und weiter nach rechts gerückt wird? Von „Oder soll man es lassen?“ („Die Zeit“ über Seenotrettung) über „Das war von mir nicht so bestellt“ (Horst Seehofer erfreut dazu, dass an seinem 69. Geburtstag 69 Menschen nach Afghanistan abgeschoben wurden) und „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“ (Bundeskanzler Olaf Scholz) hin zu einer „Chemotherapie für Deutschland“.

So oft wie in den vergangenen Monaten habe ich in meinem Leben nie zuvor mitbekommen, dass Menschen, die ich schätze und mag, ernsthaft darüber nachdenken, dieses Land zu verlassen. Weil sie als Ausländerinnen und Ausländer, als Schwarze Menschen, als Jüdinnen und Juden, als Marginalisierte sich weder willkommen noch sicher hier fühlen.

Wenn ich aufwache, ist mir jetzt oft kalt. Ich glaube nicht, dass das am beginnenden Winter liegt.

Miri Watson



#SAYTHEIRNAMES

Das Plakat zeigt die Menschen, die bei dem rassistischen Anschlag in Hanau am 19. Februar 2020 ermordet wurden.

Quelle: www.amnesty.de

WEF – World Economic Failure

Vom 15. bis 19. Januar 2024 fand das 54. World Economic Forum (WEF) in Davos, Schweiz statt. In diesem Erfahrungsbericht schreibt eine Ende-Gelände-Ortsgruppe aus dem Südwesten Deutschlands, die zur StrikeWEF-Protestwanderung am 13. und 14. Januar nach Küblis angereist ist, von ihrer Kritik am WEF und der dortigen Polizeigewalt.

Die Sonne zeigt sich spät zwischen den protzigen schneebedeckten Schweizer Bergen an diesem Januar Morgen. Die Gipfel leuchten zart in ringelblumenorange. Bei minus 16 Grad Celsius spucken Züge und Reisebusse bunte Gestalten am Bahnhof Küblis aus: Demonstrant*innen aus antikapitalistischen, antikolonialen und Klimagerechtigkeits-Gruppen. Schon jetzt fotografieren und filmen Polizist*innen in die Menge hinein und notieren sich Autokennzeichen. Die Atmosphäre knistert, als wir uns mit rund 400 Menschen aufmachen, gegen die kapitalistischen Rädelsführer*innen zu protestieren.

Menschenrechte gehen mit Demokratie einher, nicht mit dem WEF

Das Weltwirtschaftsforum schreibt sich auf die Fahnen, die Probleme der Welt lösen zu wollen, das ist gleichzeitig auch die Legitimation des Treffens. Wer den hohen Eintrittspreis zahlen kann, darf mitmachen. Daran ist nichts demokratisch. Über 60 Staatsoberhäupter und Politiker:innen sind anwesend, die EU-Kommission – und Banken, Versicherungen sowie Unternehmen wie BlackRock, Meta, Amazon und BP. Also: Unternehmen, die nicht nur aufgrund ihrer Größe, Macht und Monopolstellung antidemokratisch sind, sondern teilweise, wie Meta, direkt demokratische Prozesse kapern.

Auch die Struktur um das WEF ist antidemokratisch. Allein das Schweizer Parlament bewilligte 2,25 Millionen Franken für den Armeeeinsatz und die WEF-Stiftung beteiligt sich zusätzlich und stärker als in den letzten Jahren an den Kosten. Bis zu 5000 Armeeingehörige waren verfügbar – zusätzlich zur Polizei aller Ebenen und Kantone. In einem Radius von 47 Kilometern um

Davos war der Flugverkehr stark eingeschränkt, so auch in den Grenzgebieten zu Österreich und Italien. So viel Geld und Aufwand für so wenig Lösung der globalen Probleme.

Das ganze Dorf ist das WEF, Ladenräume weichen „Pop-up-Stores“, Showrooms für die Öffentlichkeit, in denen Unternehmen und Länder sich präsentieren. Das Geschäftliche findet wie üblich in Hinterzimmern statt. Der Schweizer Tagesanzeiger schreibt, man halte sich angesichts der Weltlage etwas zurück, aber auch dieses Jahr seien „die Davoser Luxushotels gebucht für Cocktails, Dinner und Partys“. Dabei sei das WEF „nicht der Ort, wo eine Lösung gefunden wird für den Klimawandel. Es finden aber zahlreiche Podiumsdiskussionen statt dazu. Dort wird über die Dekarbonisierung gesprochen, über geopolitische Abhängigkeiten bezüglich Energie sowie darüber, wie der Klimawandel die Gesundheitssysteme bedroht.“ Lächerlich, wenn man bedenkt, dass rund 2800 Geschäftsleute und Politiker*innen anreisen, der Flughafen Zürich rund 1000 zusätzliche Flugbewegungen hatte und damit einen massiv erhöhten CO₂-Ausstoß.

Mit Militärpräsenz gegen friedlichen Protest

Unter den Gästen befinden sich neben vielen anderen problematischen Unternehmensrepräsentant*innen und Weltpolitikgrößen auch der Bayer-Chef Bill Anderson und der Executive Vice Chairman von Shein, Donald Tang. Shein ist eine massenproduzierende Ultra-Fast-Fashion-Firma, deren Skandale von Ideendiebstahl und Umweltverschmutzung bis zu massiver Ausbeutung von Arbeiter*innen reichen. Bei Bayer wären verunrei-

nigte Medikamente, Preisabsprachen, Menschenrechtsverletzungen und Desinformationsunterstützung zur Klimakrise zu nennen – und diese Unternehmen diskutieren beim WEF mit über „Klimawandel“ und „Gesundheitssystemen“.

Gleichzeitig werden wir Protestierende ständig abgeschirmt und andauernd, auch von Zivilbeamten, verfolgt, anlasslos kontrolliert, schnell gekesselt: Unsere Stimmen werden damit unterdrückt. Die StrikeWEF-Organisation hatte mit vielen Auflagen zu kämpfen, und die Demoroute wurde kurzfristig geändert. So wurde versucht, Protest deutlich zu erschweren oder zu verunmöglichen. Was ist das für eine Demokratie, die keine Kritik an ihren wirtschaftlichen Verflechtungen aushält und Protest mit Militärpräsenz unterdrückt?

Das WEF zeigt wieder einmal, wer gehört wird und wer nicht. Die Antwort kennen wir alle, dafür müssen wir nicht erst den neuesten Oxfam-Bericht Inequality Inc. lesen: „Seit 2020 haben die fünf reichsten Männer der Welt ihr Vermögen mehr als verdoppelt. Das entspricht einem Gewinn von 14 Millionen US-Dollar pro Stunde. Gleichzeitig sind weltweit fast fünf Milliarden Menschen ärmer geworden.“ Die Profiteure des aktuellen Wirtschaftssystems, die Profiteure der massenhaften Armut, sind gleichzeitig die großen Geldgeber auf einer Konferenz, auf der die Mächtigen und Herrschenden ihre Interessen verhandeln. Und die Welt muss zusehen, wie sie damit umgeht.

Keine Solidarität aus der anständigen Bevölkerung

Trotz aller Auflagen und Abschränkungen schaffen wir Protestwandernde es, Aufmerksamkeit auf uns zu ziehen. Wir dürfen, wie die letz-

ten Jahre auch, offiziell nur auf Wanderwegen unterwegs sein. Aber was bringt ein Protest, den kein Mensch sieht? Wie durch Zauberhand jedoch bleibt der Lautsprecherwagen auf der Zufahrtsstraße nach Davos stecken und spielt Musik – eine große Sause beginnt, von der am Ende nur eine reichverzierte Schneebarrikade übrigbleibt und ein 18 Kilometer langer Stau. Man kann zwar immer darüber streiten, ob es sinnvoll ist, Autos im Stau stehen zu lassen, weil sie währenddessen vermehrt Abgase in die Welt pumpen. Allerdings fragt bei infrastrukturell verursachten Staus niemand danach – auch hier sollten alle, die sich über Proteststau in dieser Hinsicht beschwerten, sich lieber für eine überall gut funktionierende Bahn einsetzen.

Unser Protest gefällt vielen nicht, wir erfahren keine Solidarität. Im Gegenteil: Anwohner*innen und Skitourist*innen lachen uns aus, manche beschimpfen uns aus dem Auto heraus. In Davos werden wir von Passant*innen angeglotzt – das muss man so unfein sagen – und gefilmt, auch als die Polizei ihre willkürliche Gewalt ausübt, gab es keinen Funken Solidarisierung. In Klosters übernachteten wir von Samstag auf Sonntag in der Turnhalle. Die ganze Nacht hämmern immer wieder Menschen gegen die Scheiben, alle ein bis zwei Stunden wird man wach davon. Die Skischickeria fühlt sich von uns so bedroht, dass sie uns nicht eine Nacht ruhig schlafen lassen kann, aber von Reichen erwarten wir sowieso keine Solidarität.

Die Polizei zum Schutz des Kapitals willkürlich und gewaltvoll

Nach der angemeldeten Abschlusskundgebung auf dem Davoser Platz am Sonntagnachmittag machen sich die Teilnehmer*innen zur Abschiedsfeier am anderen Ende des Dorfes auf. Wir können beobachten, wie manche von ihnen anlasslos festgehalten, kontrolliert und durchsucht werden. Vor einem

der Showrooms auf der Promenade finden wir uns spontan in einer kleinen Gruppe von circa 15 Leuten wieder, um kurz unsere Meinung über den Konzern zu äußern. Wir stehen nur auf dem Trottoir, halten ein Banner und rufen zwei oder drei Parolen – direkt kommt die Polizei angefahren und nimmt uns in den Kessel.

Zwei Polizistinnen reißen die erste Person gewaltvoll zur ID-Erfassung aus der Gruppe, dabei werden ihre Handgelenke verdreht und es wird gedroht, die Schmerzgriffe noch stärker zu machen, ohne Erklärung über den Vorwurf oder den Grund dieser groben Behandlung. Die Polizist*innen machen während der Maßnahme widersprüchliche Angaben, erst heißt es: „zufällige Personenkontrolle“, dann wieder: „unangemeldetes Zusammenrotten“. Selbst zwei Personen, die lediglich aus der Ferne beobachten, werden mit der Begründung „Störung der Polizeimaßnahme“ kontrolliert. Und: Absolut unbeteiligte Menschen, die von der angemeldeten Kundgebung auf dem Weg nach Hause sind, werden von Polizist*innen in den Kessel gebracht. Somit waren wir am Ende fast die doppelte Anzahl an Menschen in der ID-Behandlung.

Während der ganzen Maßnahme antworten die Polizist*innen auf die Frage nach der Grundlage: „Meine Uniform legitimiert mich dazu“, „Willkommen in Davos“ und „Das ist eine Befehlsausführung“. Sie können nicht einmal die Paragraphen nennen, nach denen eine solche Behandlung legitimiert wäre. Eine Person hält sich nach der ID-Kontrolle in einer Einfahrt versteckt, um auf ihre Bezugsgruppe zu warten, weil sie sich allein nicht sicher fühlt. Zwei Polizisten zerren sie gewaltvoll auf die Straße, während sie den Einsatz von Reizgas androhen. Der verantwortliche Polizist schiebt die Person, die auf einer vereisten Fläche steht, nach vorne. Auf die Nachfrage, ob er verantwortlich für einen Genickbruch sein wolle, antwortet er nur bissig: „Ja.“

Neben Reizgas, oft Pfefferspray, das eigentlich eine Kriegswaffe ist und auch von der deutschen Polizei gerne großzügig eingesetzt wird, darf die Schweizer Polizei Gummigeschosse verwenden. Wir werden von Schweizer Mitstreiter*innen lapidar darauf hingewiesen, besser Sicherheitsbrillen zu tragen, falls wir uns schützen wollten. Diese Normalisierung der Staatsgewalt ist erschreckend. Anschließend werden wir im Polizeispalier zum weiter entfernten Bahnhof getrieben, weg von der Abschiedsparty. Immer wieder werden auf dem Weg andere unbeteiligte Gruppen zu uns kommandiert, niemand, der nur ansatzweise nach Protestwanderung aussieht, darf sich mehr frei in die gewünschte Richtung bewegen.

Hoffnung in Zeiten von Kapitalismus und Faschisierung

Uns ist bewusst, dass wir, verglichen mit einem Großteil der Welt und trotz aller Repression, eine privilegierte Protestwanderung erlebt haben. Aber nur, weil es woanders schlimmer ist, ist es hier noch lange nicht gut. Und wir sehen eine Verschlimmerung: Kapitalist*innen beuten immer weiter den Planeten aus und neo-faschistische Parteien feiern ihren Aufstieg.

Gerade jetzt ist Hoffnung wichtig, mit Hoffnung wollen wir enden. Wir schöpfen Hoffnung aus dem Zusammensein, aus den Beziehungen, die wir führen. Aus dem Humor, den wir immer wieder ausgraben. Aus dem Weinen und Getröstetwerden, aus dem Streiten und Zusammenfinden. Und aus unserem Trotz, viel Trotz. Es gilt, eine gepflegte „Fickt euch“-Haltung zu kultivieren, meinen wir. Dann treffen sich Kapitalist*innen eben, na und? Das haben sie seit den Anfängen ihrer erbärmlichen Existenz getan. Wir treffen uns auch, knüpfen Bande, teilen Essen, gehen gemeinsam. Dann steigen Faschist*innen wieder auf, und jetzt? Wir wollen hier nichts verharmlosen, wir wissen nur zu gut um diese Bedrohung, zu

gut um das politische Versagen, sowohl von oben als auch von unten. Aber sich selbst in Panikstarre zu

verlieren, ist nicht hilfreich. Man kann immer sagen: Jetzt ist es zu spät, die Ausbeutung zu groß, das

Ende zu nah. Wir üben uns darin zu sagen: Jetzt erst recht.

*Der Name des*r Autor*in ist der Redaktion bekannt.*

Simbabwe: Zurück zur Diktatur?

Simbabwe litt viele Jahre unter der Diktatur von Robert Mugabe, der das Land in den 2000er-Jahren in den völligen Ruin trieb und sich am Ende immer verzweifelter an seine Macht klammerte. Durch Wahlfälschungen und massive Unterdrückung der Opposition konnte er sich bis zu einem Putsch 2017 im Amt halten. Seither regiert Emmerson Mnangagwa das gebeutelte südafrikanische Land. Vorsichtige Hoffnungen auf eine spürbare Besserung der Wirtschaftslage und Wahlen nach internationalen Standards erfüllten sich bisher nicht. Auch im Umfeld der jüngsten Präsidentschaftswahlen im August 2023 wurden politische Aktivisten, oppositionelle Politiker und Anwälte verschleppt, verprügelt und gefoltert. Amnesty International pocht auf eine umfassende Aufklärung der Vorfälle.

Im November 2023 veröffentlichte Amnesty International in Zusammenarbeit mit dem Southern African Human Rights Defenders Network sowie Human Rights Watch eine zweiseitige Stellungnahme. Dort werden konkrete Fälle von Entführung, Missbrauch und Verschwindenlassen in Simbabwe aufgezählt, mehrere davon im Zeitraum der Präsidentschaftswahlen im Sommer 2023. Der überwiegende Teil der Opfer sind dabei direkte oder indirekte Unterstützer der größten Oppositionspartei Citizens Coalition for Change (CCC) oder Menschen, die sich als Anwälte für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen. Die Regierungspartei Zimbabwe African National Union (ZANU-PF) unter Präsident Emmerson Mnangagwa organisiert, toleriert und verschleiert die Vorfälle.

Unterdrückung hat Tradition

Die systematische Unterdrückung der politischen Opposition und von Menschenrechtsaktivisten gehört in Simbabwe seit Langem zum politischen Tagesgeschäft. Mehrere Regierungswechsel brachten keine Besserung, im Gegenteil macht man inzwischen kaum mehr einen Hehl daraus, auch mit extralegalen Mitteln

gegen politische Gegner vorzugehen. Dabei zeigte die 30-jährige diktatorische Herrschaft von Robert Mugabe, wie ein Machterhalt um jeden Preis dazu führen kann, mit eiserner Hand ein völlig marodes Land zu regieren. Während Mugabe bis zuletzt luxuriös in einem Protzbau residierte, rutschte Simbabwe zu Beginn der 2000er-Jahre aufgrund extremer Staatsverschuldung in eine massive Hyperinflation. Auf Banknoten mussten etliche Nullen angehängt werden, um den verschwindend geringen Wert der Landeswährung überhaupt noch abbilden zu können. Internationale Entschuldungsprogramme brachten seither eine gewisse Erleichterung, dennoch bleibt Simbabwe weiterhin eines der ärmsten Länder und kann sich aus eigener Kraft kaum wirtschaftlich erholen.

Anstatt im demokratischen Prozess und im fairen Wettstreit der politischen Kräfte das Land gemeinsam wieder aufzubauen, greift man seit dem Putsch 2017 bei der ZANU-PF wieder zu den archaischen Methoden der Repression politischer Gegner – Einschüchterung, Verfolgung, Entführung und Folter. Gerade beim Thema Folter drückt man oft beide Augen zu und ahndet diese juristisch selten als Straftat.

Die Stellungnahme der Nichtregierungsorganisationen zitiert gleich mehrere Gesetzesgrundlagen und Konventionen, die ignoriert werden. Die eigene Verfassung des Landes schreibt in Sektion 53 unmissverständlich fest, dass „das Recht nicht gefoltert zu werden nicht gesetzlich eingeschränkt und von niemanden verletzt werden darf“. Die Afrikanische Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker verbietet in Artikel 5 ebenfalls jede unmenschliche Folter und Erniedrigung. Die UN-Antifolterkonvention wurde von Simbabwe gar nicht erst ratifiziert.

Dokumentierter Mord und versuchter Mord

Ende August 2023 wurde in einem Waldstück bei Harare die Leiche von Nelson Mukwenha gefunden, der sich für die Oppositionspartei CCC engagierte. Tage zuvor hatte er zusammen mit Medienvertretern und anderen Personen die gewaltsame Entführung der CCC-Sprecherin Promise Mkwanzani durch mutmaßliche Staatssicherheitsbeamte verhindert, die aggressiv eine laufende Pressekonferenz stürmten. Noch am selben Abend wurde Mukwenha selbst ver-

schleppt, gefoltert und im Wald verscharrt.

Im folgenden Monat wurden das CCC-Mitglied Womberaiishe Nhende und sein Freund Sanele Mkhuhlane umgebracht, nachdem Nhende in den Stadtrat des Glen Norah Ward 27 in Harare gewählt worden war. Die beiden Männer wurden entführt und gefoltert, bevor ihnen schließlich eine unbekannte tödliche Substanz gespritzt und die Leichen in einem Randgebiet von Harare entsorgt wurden. Hinter diesem sich wiederholenden Muster der Entführung, Folter und Tötung wird eine geheime Aufspüreinheit der Polizei vermutet.

Nachdem im Oktober 2023 die Leiche des CCC-Politikers James Chidhakwa nach Entführung, Folter und Vergiftung im Dorf Arcuturus gefunden worden war, enttarnte der oppositionelle Abgeordnete Takudzwa Ngadzjore in einem Livestream die mutmaßlichen Entführer. Auch er wurde im Anschluss verschleppt und zum Sterben nackt in Christen Bank ausgesetzt, einem Ort im Umland von Harare. Er konnte schwer verletzt überleben und teilte seine

Erfahrung öffentlich in einem Video (youtube.com/watch?v=fpWr1ud64kg). Auf seinem Rücken zeichnen sich deutliche Folterspuren ab.

Am 11. November 2023 wurde der CCC-Aktivist und Kirchenführer Tapfumanei Masaya gemeinsam mit seinem Freund Jeffrey Kalosi entführt. Zwei Tage später konnte nur noch die Leiche von Masaya geborgen werden, Kalosi kam schwer verprügelt mit dem Leben davon. Die Landesbischöfe zeigten sich von dem Vorfall schockiert und reagierten zur Adventszeit mit einem öffentlichen Hirtenbrief. Vatican News (vaticannews.va) zitiert aus diesem Dokument: „Was passiert, wenn die Stimme des Volkes von den Meistern des politischen Opportunismus zum Schweigen gebracht wird [...] Menschen werden entführt, gefoltert und getötet [...]. Geht es darum, die Menschen zu terrorisieren, damit sie für einen bestimmten Kandidaten stimmen oder gar nicht wählen?“

Verswindenlassen

Während bei den bisher genannten Fälle die Opfer zumindest noch lebend oder tot gefunden werden konnten, fehlt von diversen anderen Regierungskritikern auch lange nach deren mutmaßlicher Entführung jede Spur. Aus Sicht der Nichtregierungsorganisationen handelt es sich hier eindeutig um ein gezieltes Verschwindenlassen der politischen Opposition. Der Aktivist und Regierungskritiker Itai Dzamara wurde



Auf dem Rücken des im Oktober 2023 verschleppten Takudzwa Ngadzjore zeichnen sich Abdrücke von Hieben ab.

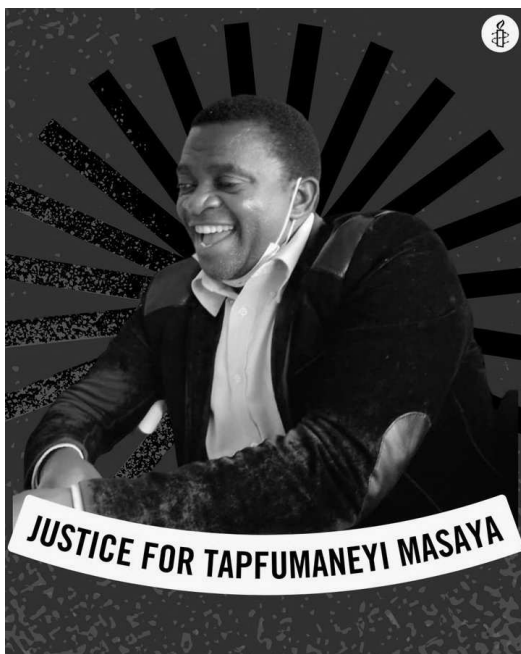
Quelle: [youtube.com/Takudzwa Ngadzjor](https://youtube.com/TakudzwaNgadzjor)

2015 bei einem Friseurbesuch in einer Vorstadt von Harare von fünf Unbekannten entführt. Sie verdächtigten ihn des Viehdiebstahls, legten ihm Handschellen an und zerrten ihn in einen weißen LKW mit verdeckten Nummernschildern. Dies war das letzte Lebenszeichen von Dzamara. Rufe nach Aufklärung wurden von der Regierung ignoriert.

Einen Tag vor einem geplanten Protest gegen Korruption am 31. Juli 2019 wurde der Student Tawanda Muchehiwa verschleppt. Auf Überwachungskameras ist zu sehen, wie auch er in ein Fahrzeug gezwungen wurde. Nach dreitägiger Folter konnte er gerettet werden, weil Anwälte die Polizei juristisch unter Druck setzten, ihn lebend vor Gericht erscheinen zu lassen.

Derart engagierte Anwälte geraten durch die Ausübung ihres Berufes rasch selbst ins Visier der Regierung. So wurde der Menschenrechtsanwalt Obey Shava im Sommer 2023 zusammengeschlagen. Am Vortag hatte er einen Freispruch für zwei Aktivisten der Opposition bewirkt, denen Verbreitung von Lügen und Widerstand gegen die Staatsgewalt unterstellt worden war. Zu dem Angriff auf Shava wurden wie üblich keine weiteren Ermittlungen eingeleitet.

Im September desselben Jahres traf es die Menschenrechtsanwälte Doug Coltart und Tapiwa Mucheripi, Mitglieder der Zimbabwe Lawyers for Human Rights



Plakat zur Forderung von Amnesty, den Tod des CCC-Aktivisten und Kirchenführers Tapfumanei Masaya zu untersuchen

Quelle: https://twitter.com/amnesty_zim



Der simbabwische Journalist und Regierungskritiker Itai Dzamara wurde im Mai 2015 entführt, seither ist er verschwunden.

Quelle: www.amnesty.de

(ZLHR). Als sie die Polizei auf den schlechten Gesundheitszustand zweier Oppositionsmitglieder hinweisen wollten, die mutmaßlich misshandelt wurden und dringend medizinische Hilfe benötigten, verhaftete man die beiden Anwälte direkt vor Ort unter dem Vorwurf der Justizbehinderung.

Das öffentliche Vertreten einer regierungskritischen Meinung ist in Simbabwe kaum noch möglich. Auch wenn man nicht mit der CCC sympathisiert, setzt man sich stets dem Risiko aus, von der Polizei oder Anhängern der regierenden ZANU-PF auf offener Straße attackiert zu

werden, ohne dass diese strafrechtliche Konsequenzen zu befürchten haben. Am 13. August 2023 berichtete die in Harare angesiedelte Zimbabwe Human Rights Monitors Platform, die die Einhaltung der Menschenrechte überwacht, von einem solchen Überfall auf die harmlose Wahlkampagne einiger unabhängiger Kandidaten. Man wollte kurz vor der Wahl noch einige Flugblätter verteilen, als plötzlich eine Schlägertruppe halbstarker ZANU-PF-Anhänger aus dem Hinterhalt mit Holzscheiten, Steinen und Seilen auf die Wahlkämpfer losging. Drei Frauen wurden entführt und

nach eigener Aussage die ganze Nacht geschlagen und mit Pfefferspray gequält. Eines der Opfer zwangen die Jugendlichen dazu, stinkendes Abwasser zu trinken.

Zurück zur Diktatur?

Nach Informationen von Amnesty International und den anderen genannten Nichtregierungsorganisationen wurden in keinem einzigen der geschilderten Fälle die Täter zur Verantwortung gezogen. In der Regel fand nicht einmal eine Beweisaufnahme statt. Da brutale Angriffe auf Regierungskritiker und CCC-Anhänger straffrei bleiben und polizeiliche Aufspüreinheiten entführen, foltern und morden, herrscht zunehmend wieder ein Klima der Angst in Simbabwe. Die Opposition wird massiv unterdrückt und die Verfassung bewusst ignoriert. Die ZANU-PF scheint keine Angst vor dem Abrutschen in eine weitere brutale Diktatur zu haben oder strebt diese gar an. Sollten die lauten Rufe nach der Einhaltung der Menschenrechte weiterhin ungehört verhallen, steuert Simbabwe auf einen Rückfall in dunkelste Mugabe-Zeiten zu.

Christian Eisenreich



Der Menschenrechtsanwalt Obey Shava wurde im Sommer 2023 von vier unbekanntem Männern schwer verprügelt.

Quelle: Zimbabwe Lawyers for Human Rights

Barbara Walker – Bilder mit Zärtlichkeit

Die in Birmingham lebende afro-britische bildende Künstlerin Barbara Walker hat sich in verschiedenen Ausstellungen mit den Themen Identität und Sichtbarkeitsmachung der Identität von Menschen of Color beschäftigt.

Barbara Walker hat für das Facebook-Headquarter in London gearbeitet, ihre Werke wurden im Diaspora-Pavillon der Biennale 2017 ausgestellt. Ihre Werke sind immer wieder Teil von Ausstellungen in Kunstmuseen wie dem Britischen Museum, dem Philadelphia Museum of Art oder dem Yale Center for British Art.

Walker ist laut dem Kunsthistoriker Eddie Chambers „eine der talentiertesten, produktivsten und engagiertesten Künstlerinnen ihrer Generation“. Sie ist 1964 geboren, hat früh die Schule verlassen, aber einen Bachelor-Abschluss in Bildender Kunst der Universität von Zentral-England. In Birmingham in einer jamaikanischen Familie aufgewachsen,

haben ihre Erfahrungen eine Kunstpraxis ausgebildet, die sich mit Fragen von Klasse und Macht, Repräsentation und Zugehörigkeit beschäftigt. Ihre großformatigen, ästhetisch wunderschönen Kohle-Zeichnungen und Öl-Gemälde erzählen die Geschichten von Menschen of Color im heutigen Großbritannien und im Großbritannien der Vergangenheit.

Sie bezieht sich dabei entweder auf Menschen in ihrem privaten Umfeld oder auf Werke in öffentlichen Archiven: Walker gestaltet die Werke um, sodass sie die Sichtbarkeit auf deren Subjekte – Menschen of Color – zurückverlagert und eine alternative Interpretation der nationalen britischen Geschichte bietet. Damit versucht Walker oft Standpunkte der bisher geschaffenen und öffentlich ausgestellten Kunst und die Sammlungen privilegierter Einzelpersonen und mächtiger Institutionen zu brechen.

Zwischen 2002 und 2006 wurde ihr Sohn Solomon im Alter von 17 bis 21 Jahren so oft von der Polizei in Birmingham „angehalten und durchsucht“, dass es ihr unverhältnismäßig viel vorkam und sie begann, die Situationen in ihren Kunstwerken festzuhalten. Am Ende jeder Durchsuchung erhielt Solomon eine gelbe A5-Kopie des offiziellen Polizeiformblatts, auf dem die Befragung festgehalten war. Diese Formulare bilden nun zusammen mit Zeitungsausschnitten von rassistisch motivierten Ereignissen, Skizzen von Sehenswürdigkeiten und Orten in der Stadt sowie akribisch und realistisch gezeichneten Porträts den Schwerpunkt von Collagen mit dem Titel „Louder Than Words“. Die Gemälde und Zeichnungen in „Louder Than Words“ zeigen die Bedeutung und Auswir-

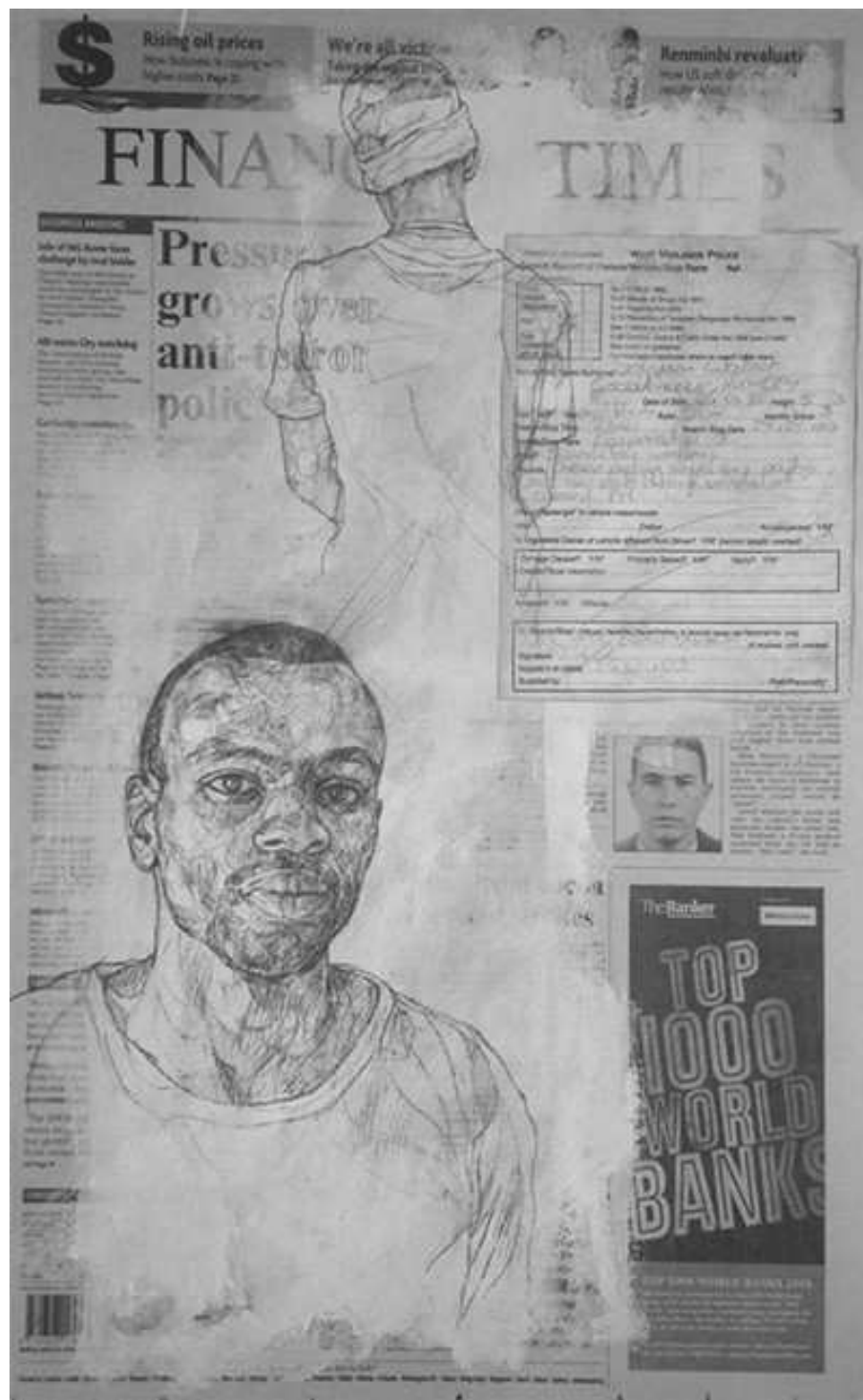


Barbara Walker vor einem ihrer Bilder aus der Serie „Shock and Awe“, im Diaspora-Pavillon, Biennale Venedig, 2017

Foto: Alberto Collode, www.a-n.co.uk

kungen von polizeilichen Kontrollen und Durchsuchungen, wie sie Walkers Sohn Solomon in Birmingham erlebte, und sie zeigen ein Gefühl der persönlichen Beunruhigung. Der Kontrast zwischen dem entmenschlichenden Papierkram der Behörden und den Aufzeichnungen eines Menschen in sensiblen Momenten verleiht der Serie eine seltene Schärfe. Teile der Zeichnungen sind mit weißer Farbe übermalt. Für Walker bedeutet dies ein „Auslöschen“: „Ich verwende Auslöschung als Metapher dafür, wie Menschen [of Color] von der Gesellschaft übersehen, ignoriert und sogar entmenschlicht werden“, sagt Walker. Und: „In früheren Arbeiten sah man mich bestimmte Aspekte eines Bildes wegwaschen, ausschneiden, isolieren oder abschwächen und andere in den Vordergrund rücken.“ Die Serie „Louder than Words“ aus dem Jahr 2006 war ein Schlüsselmoment für Walkers Kunst, da sie als sozialer und politischer Kommentar verstanden werden kann.

Ihre Serie „Shock and Awe“ (2015, fortlaufend) stützt sich dagegen auf Archivarbeit und untersucht den Beitrag karibischer Soldaten und Frauen, die von 1914 bis heute in der britischen Armee dienten – Menschen, deren Biografie und Lebensleistung kaum Beachtung in der britischen Gesellschaft finden. Es handelte sich dabei um eine Kolonialarmee, in der es zwar Zwangsrekrutierungen gab, aber sich Menschen aus der Karibik oft freiwillig meldeten, um z. B. Armut zu verringern. Auch in einer anderen Serie, genannt „Vanishing Point“ (oder: Fluchtpunkt) aus dem Jahr 2021,



„Time“ („Zeit“) aus „Louder than Words“, 2009, Mixed Media auf Papier, 40 x 55cm
Quelle: www.barbarawalker.co.uk

stützt sie sich auf ausgedehnte Recherchen in öffentlichen Archiven und Sammlungen, um übersehene Geschichten zu finden und etwas gegen die Unterrepräsentation von Menschen of Color in der westlichen Kunstgeschichte und im klassischen Kunstkanon zu tun. „Vanish-

ing Point“ reinterpretiert klassische Ölgemälde durch die Kombination von Papierprägungen und Graphitzzeichnungen mit roten Elementen. Inspiration waren klassische westliche Renaissance-Gemälde in großen öffentlichen Museen wie der National Gallery in London oder dem



„Marking the Moment 1“ („Den Moment festlegen 1“), 2021, aus „Vanishing Point“, Graphit auf Papier, überlegt mit Mylar-Folie

Quelle: www.barbarawalker.co.uk

Rijksmuseum in Amsterdam. In ihren Gemälden werden die Menschen of Color als Sklaven, Diener oder Begleitpersonen dargestellt. In Walkers Bildern sind die weißen Menschen ausgeprägt und im leeren weißen Raum gelassen. Damit kehrt Barbara Walker das historische Auslassen und Auslöschen von Menschen of Color in Gemälden um.

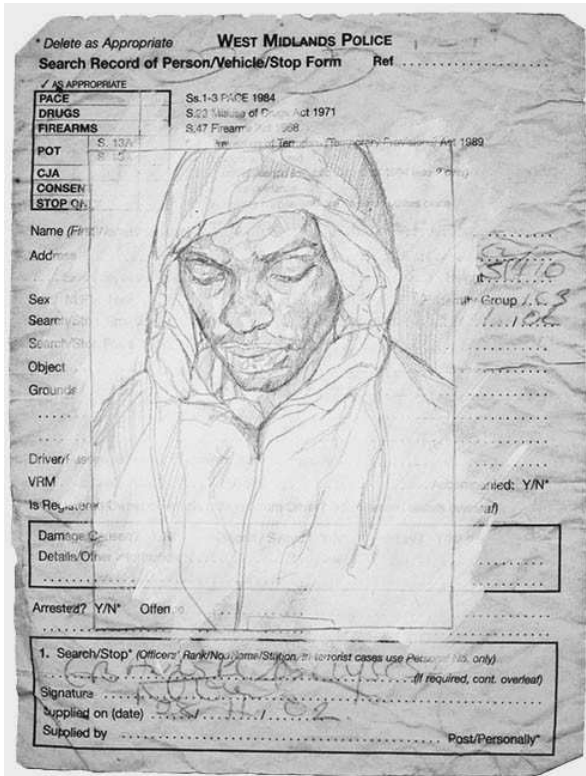
Es ist auch die schiere Größe und der Maßstab, vergleichbar mit Werbeplakaten, die den Werken eine sol-

che Präsenz verleihen und sie so fesselnd machen. Es geht darum, die Menschen selbst zu zeigen, in Momenten von Einsamkeit, Machtlosigkeit, und in etablierten Einrichtungen und Galerien zu platzieren, um gesehen, verstanden und respektiert zu werden. Auch die Malerei – in der klassischen Hierarchie der Bildenden Kunst über der Zeichnung angeordnet – hilft Walker, ein politisches Statement zu setzen. In ihren Serien „Sub Urban“ und „Pri-

nur zu den Aspekten der Porträtmalerei, sondern vielmehr zur Körperpolitik. Schwarze Menschen sind oft Opfer von Bildern, aber die Kunstschule hat mir die Möglichkeit gegeben, darüber nachzudenken, wie ich als Künstlerin die Macht habe, mich zu wehren und andere Bilder zu schaffen als die hässlichen, ätzenden Karikaturen von Schwarzen Menschen, die von den Mainstream-Medien und der dominanten Kultur häufig verbreitet werden.“

vate Face“ nutzt Walker Leinwandgröße, Kohle und Ölfarben, um Kinder ihrer Freunde, Menschen im Friseursalon oder Studierende, die sie auf dem Universitäts-Campus in Farnham kennengelernt hat, darzustellen. Jede Figur ist überlebensgroß und in einer anderen Pose dargestellt – geradeaus, von der Seite, mit dem Rücken zum Betrachter – und strahlt Zugänglichkeit und Zärtlichkeit aus. Diese Zugänglichkeit ergibt sich unter anderem aus der Komposition. Auf einer anderen Ebene bieten ihre Porträts im klassischen Stil eine kontemplative Form der Darstellung.

„Vanishing Point“ geht zum Teil auf Walkers erste Begegnungen mit Kunst in ihrer Kindheit zurück, als sie Museen und Galerien besuchte, in denen Menschen of Color in den Porträts, die sie sah, nicht vorkamen: „Ich habe mich schon immer zur Figur hingezogen gefühlt, nicht unbedingt oder nicht



„Untitled“ („Obne Titel“) aus „Louder than Words“, 2006, Mixed Media, 81 x 106 cm

Quelle: www.barbarawalker.co.uk



Auftragsarbeit von Barbara Walker, geteilt von #WOMENSART, Twitter

Kunstmuseen sind nicht nur bewusst Ausstellungsorte Walkers, sondern auch Inspiration für ihr Schaffen: „Einer meiner Lieblingsorte, um Kunst zu sehen, ist die National Gallery in London. Als ich mich mit diesem Ort beschäftigte, fielen mir die Mitarbeiter*innen of Color an der Rezeption auf, und ich begann, mit ihnen darüber zu sprechen, womit sie sich identifizierten. Einer davon führte mich zu Jan Gossaerts ‚Die Anbetung der Könige‘. Dieses Werk ist großartig. Man kann an der Darstellung des Schwarzen Königs erkennen, dass er nach dem Leben gemalt ist und nicht nach der Fantasie. Im Europa der Renaissance gab es viele Schwarze Menschen, die im Allgemeinen entweder versklavt waren, als Diener arbeiteten oder beides. Vor diesem Hintergrund habe ich mir die Alten Meister angesehen, um zu sehen, wie das Schwarze Subjekt im westlichen Kanon dargestellt wird.“ Hier werde also ein Mensch als Mensch und nicht primär in seiner Funktion – sei er König, Diener oder Sklave – gezeigt.

Sie gibt jedoch auch zu Bedenken: „Bei meinen Recherchen habe ich festgestellt, dass sich nicht jeder in einem ‚White Cube‘ [britische Galerie für Gegenwartskunst] wohl fühlt.“ Den digitalen Ausstellungs-

raum nimmt sie stattdessen als zugänglicher und vielfältiger wahr und nutzt daher auch ihre Webseite (barbarawalker.co.uk) als Online-Plattform.

Anna Kaufmann



„The Sitter“, 2002, Öl auf Leinwand

Quelle: www.barbarawalker.co.uk

Städte gegen die Todesstrafe

Auf Initiative mehrerer Menschenrechtsorganisationen dient das Kolosseum in Rom seit 1999 als Monument gegen die Todesstrafe. Es wird, wenn ein Todesurteil ausgesetzt wird oder ein Staat die Todesstrafe abschafft, 48 Stunden lang in bunten Farben angestrahlt.

Am 30. November findet jedes Jahr die Aktion „Cities for Life“ („Städte für das Leben“) statt, bei der sich Städte für die Abschaffung der Todesstrafe aussprechen und ein Wahrzeichen ihrer Stadt beleuchten. Die Gemeinschaft Sant'Egidio initiierte diese Aktion 2002. Das Datum wurde ausgewählt, da am 30. November 1786 das Großherzogtum Toskana als erster Staat der Welt die Todesstrafe abschaffte. Heute engagieren sich mehr als 2000 Städte für die Initiative – darunter 75 Hauptstädte auf fünf Kontinenten.

Auch Tübingen hat sich an dieser Aktion beteiligt und das Rathaus illuminiert. Amnesty International Tübingen war mit einem Stand zum Thema vertreten. Es gab die Möglichkeit, Briefe zugunsten von zum Tode Verurteilten zu unterschreiben und am alljährlichen weltweiten Amnesty-Briefmarathon teilzunehmen.

Die Aktion geschah vor dem traurigen Hintergrund, dass seit einigen Jahren die Zahl der Hinrichtungen wieder steigt. Aktuell sind dafür Länder in der Region Mittlerer Osten und Nordafrika verantwortlich. Der Iran hat im letzten Jahr eine weitere alarmierende Hinrichtungswelle gestartet. Allein im November 2023 wurden mindestens 115 Menschen hingerichtet – fast doppelt so viele wie im November des Vorjahres. Die iranischen Behörden setzen die Todesstrafe verstärkt als Mittel der politischen Unterdrückung ein, um die Menschen im Iran zu terrorisieren und sie mit brutaler Gewalt zum Schweigen und zur Unterwerfung zu zwingen.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte gesteht jedem Menschen das Recht auf Leben zu



Am 30. November 2023 wurde im Rahmen der Aktion „Cities for Life“ („Städte für das Leben“) das Tübinger Rathaus illuminiert und die weltweite Abschaffung der Todesstrafe gefordert.

Foto: Antonia Maier

und besagt in Artikel 5: „Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.“ Die UN-Generalversammlung hat seit 2007 bereits neun Resolutionen verabschiedet, in denen sie die Staaten, die die Todesstrafe noch verhängen, auffordert, ein Moratorium für Hinrichtungen in Kraft zu setzen mit dem Ziel, die Todesstrafe abzuschaffen.

Amnesty International wendet sich weltweit und in allen Fällen vorbehaltlos gegen die Todesstrafe – ohne Ausnahme und unabhängig von der Art oder den Umständen des Verbrechens, der Schuld oder möglichen Unschuld, unabhängig von der Frage, was der Täter oder die Täterin für ein Mensch ist oder welche Hinrichtungsmethode ein Staat anwendet. Die Todesstrafe verstößt grundlegend gegen die Menschenrechte. Sie verletzt das Recht auf Leben und stellt eine

grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafe dar. Es gibt keinen Beweis dafür, dass die Todesstrafe eine stärkere Abschreckungswirkung hat als eine langjährige Haftstrafe. Die Todesstrafe ist unumkehrbar und nicht wiedergutmachen. Sie wird von Justizsystemen verhängt und angewendet, die nicht gegen Fehltrichter, Diskriminierung und Irrtümer gefeit sind. Arme und wirtschaftsschwache Menschen, ausländische Staatsangehörige, politisch aktive Personen und Angehörige religiöser oder ethnischer Minderheiten werden überproportional häufig zum Tode verurteilt. Amnesty International appelliert seit Langem an alle Länder, die an der Todesstrafe festhalten, als ersten Schritt hin zur vollständigen Abschaffung der Todesstrafe ein Hinrichtungsmoratorium zu erlassen.

Eva Scheerer

Mahnwache für die zivilen Opfer des Nahostkonflikts

Am 12. Januar 2024 veranstaltete die Tübinger Hochschulgruppe von Amnesty International auf dem Holzmarkt in der Tübinger Innenstadt eine Mahnwache für alle zivilen Opfer des Nahostkonflikts in Israel, Gaza und dem Westjordanland. Ziel der Gruppe war es, einen Ort der Stille und der Anteilnahme zu schaffen sowie für Frieden und die Wahrung der Menschenrechte einzustehen. Außerdem sollte ein klares Zeichen gegen Antisemitismus und Islamfeindlichkeit gesetzt werden. Neben Redebeiträgen der Amnesty-Gruppe und stillem Gedenken wurden 2000 Kerzen entzündet. Flaggen und politische Statements waren ausdrücklich nicht erwünscht.



Lichtmeer bei der Mahnwache für alle zivilen Opfer des Nahostkonflikts im Januar 2024 in Tübingen

Erfolge 2023

„Eure Eilaktion hat entscheidend zur Wiedererlangung meiner Freiheit beigetragen“

2023 war ein Jahr mit großen Herausforderungen für die Menschenrechte. Doch Dank vieler Engagierter gab es auch gute Nachrichten zu vermelden: Zu Unrecht Inhaftierte wurden freigelassen, Hinrichtungen verhindert und diskriminierende Gesetze abgeschafft. Hier einige der zahlreichen Erfolge.

Simbabwe

In Simbabwe führten 2020 Joanah Mamombe und Cecillia Chimbiri eine regierungskritische Demonstration in der simbabwischen Hauptstadt Harare an, die staatliche Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie sowie die Hungersnot im Land zum Thema hatte. Sie wurden daraufhin verhaftet, gefoltert und sexuell genötigt. Im Juli wurden sie von einem der Vorwürfe freigesprochen. Für die beiden war dies ein wichtiger Schritt nach vorne, der ihnen die Möglichkeit gab, sich von den erlittenen Strapazen zu erholen. Im Rahmen des Briefmarathons 2022 von Amnesty International setzten sich Unterstützer*innen aus

der ganzen Welt für sie ein, während Amnesty International Simbabwe sie während ihrer Prozesse begleitete. Angesichts der vielen Unterstützungsbriefe, die sie bekommen hatte, sagte Joanah: „Vielen Dank an unsere Freund*innen von Amnesty International, die all diese Briefe geschrieben haben.“

Türkei

In der Türkei wurden die Urteile gegen die beiden gewaltlosen politischen Gefangenen Mücella Yapıcı und Hakan Altınay aufgehoben. Sie wurden im September 2023 freigelassen. Sie waren zusammen mit fünf Mitangeklagten, darunter Osman Kavala, 2022 im sogenannten



*Die simbabwischen Aktivistinnen Chimbiri und Mamombe mit Solidaritätsbriefen von Unterstützer*innen des Briefmarathons 2022*

Foto: © Amnesty International Zimbabwe

„Gezi-Prozess“ wegen angeblicher Beihilfe zum „versuchten Umsturz der Regierung“ zu jeweils 18 Jahren Haft verurteilt worden. Mücella und Hakan bedankten sich herzlich für die Briefe, die sie während ihrer Haft von Aktivist*innen von Am-

nesty International erhielten. Im neuen Jahr müssen sie erneut vor Gericht erscheinen. Die fünf Mitangeklagten sind noch immer in Haft.

Iran

Im Iran wurden Kambiz Kharout und Ebrahim Narouie gegen Kauti- on freigelassen, nachdem der Oberste Gerichtshof ihre Schuldsprüche und Todesurteile aufgehoben hatte. Die beiden Angehörigen der im Iran unterdrückten belutschischen Minderheit waren im Zusammenhang mit den Protesten der Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“ im Iran im Jahr 2022 zum Tode verurteilt worden. Kambiz Kharout wurde im September und Ebrahim Narouie im Oktober freigelassen. Amnesty International hatte sich seit Februar 2023 für die Aufhebung der Todesurteile der jungen Männer eingesetzt.



Der somalische Journalist Mohamed Ibrahim Osman Bulbul
Foto: www.amnesty.de

Somalia

In Somalia wurde der Journalist Mohamed Ibrahim Osman Bulbul am 7. Oktober gegen Kauti- on freigelassen. Zuvor hatte sich Amnesty International in einer Eilaktion für seine Freilassung eingesetzt. Er war im August verhaftet worden, nur weil er seiner Arbeit nachgegangen war. Am 11. Oktober ließ das Regionalgericht von Bandir alle Anklagepunkte gegen Mohamed fallen. In einer Nachricht an Amnesty International schrieb der Journalist: „Ich möchte euch meinen tiefsten Dank für eure Unterstützung und euren unermüdlichen Einsatz für meine Freiheit aussprechen. Eure Eilaktion hat entscheidend zur Wiedererlangung meiner Freiheit beigetragen. Ich bin zutiefst berührt von eurer Solidarität.“

Iran

Die französisch-iranische Wissenschaftlerin Fariba Adelkhah wurde

im Juni 2019 im Iran inhaftiert. Sie wurde wegen „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ zu fünf Jahren Haft verurteilt. Sie hat diesen Vorwurf stets bestritten. Nach Forderungen von Amnesty International wurde sie freigelassen und konnte im Oktober 2023 nach Frankreich zurückkehren. Nach ihrer Freilassung bedankte sich Fariba Adelkhah bei Amnesty International: „Das alles liegt jetzt hinter mir. Was bleibt, sind all die Gesten der Freundschaft und des Engagements, der Einsatz von Menschen, die ich kenne und die ich nicht kenne.“

Afghanistan

In Afghanistan wurde der Bildungsaktivist Matiullah Wesa am 26. Oktober freigelassen. Er hatte fast sieben Monate im Gefängnis verbracht, weil er sich als Leiter der Nichtregierungsorganisation Pen-Path für das Recht von Mädchen auf Bildung einsetzt. Er hatte die Politik der Taliban kritisiert, die es Mädchen untersagt, weiterführende Schulen zu besuchen. Amnesty International startete eine Eilaktion und setzte sich bis zu seiner Freilassung für ihn ein. Matiullahs Bruder Attaullah Wesa, Mitbegründer und Geschäftsführer von Pen-Path, sagte: „Wir sind Amnesty International und ihren 10 Millionen Mitgliedern



Die philippinische Senatorin Leila de Lima nach einer Anhörung vor Gericht
Foto: www.amnesty.de



Setzt sich in Afghanistan für Schulbildung für Mädchen ein: Matiullah Wesa, Gründer der Organisation Pen-Path, präsentiert in der Provinz Kandahar einer Schulklasse seine mobile Bibliothek (17. Mai 2022).

Foto: www.amnesty.de

dankbar, dass sie uns beigestanden haben. Die Solidarität, Unterstützung und Fürsprache von Amnesty und ihren Mitgliedern hat uns motiviert, für Matiullahs Freilassung zu kämpfen, wir sind sehr dankbar für diese Unterstützung. Wir sind immer noch empört über das Urteil der Taliban und die sieben Monate, die Matiullah in Haft verbracht hat, aber wir werden uns weiterhin für das Recht der Mädchen auf Bildung in Afghanistan einsetzen.“

Philippinen

In den Philippinen wurde die gewaltlose politische Gefangene und ehemalige Senatorin Leila de Lima nach fast sieben Jahren willkürlicher Haft gegen Kauti- on freigelassen. Ein philippinisches Gericht hatte am 13. November ihrem Antrag auf Freilassung gegen Kauti- on im letzten gegen sie anhängigen Drogenverfahren stattgegeben. Amnesty International begrüßte diese positive Entwicklung, forderte jedoch die Einstellung des konstruierten Verfahrens und die Einleitung eines fairen Prozesses gegen diejenigen, die für die willkürliche Inhaftierung und andere Menschenrechtsverletzungen von Leila de Lima verantwortlich sind. Amnesty International arbeitet seit der Festnahme von Leila de Lima im Jahr 2017 an ihrem Fall und hat in nationalen und internationalen Erklärungen immer wieder darauf hingewiesen, dass die Anschuldigungen gegen sie konstruiert sind.

Zusammengestellt von Eva Scheerer

Weitere Erfolge findet man unter <https://www.amnesty.de/unsere-erfolge-2023-vielen-dank-fuer-euren-einsatz>

CHINA/HONGKONG:**Demokratie-Aktivist droht lebenslange Haftstrafe**

Der Hongkonger Aktivist Leung Kwok-hung (auch bekannt als Long Hair) gehört zu einer Gruppe ehemaliger Abgeordneter und Aktivist*innen, die im Februar 2021 auf Grundlage des Nationalen Sicherheitsgesetzes für Hongkong (NSL) angeklagt wurden. Da es sich um 47 Personen handelt, wurden die Gruppe und der Massenprozess unter dem Kürzel „HK47“ bekannt. Leung Kwok-hung wird „Verschwörung zum Umsturz“ vorgeworfen, weil er sich an selbstorganisierten „Vorwahlen“ der politischen Opposition für die Parlamentswahlen beteiligt hat. Im Falle einer Verurteilung droht ihm eine lebenslange Haftstrafe. Long Hair und alle übrigen HK47-Angeklagten müssen unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden, da sie nur strafrechtlich verfolgt werden, weil sie ihre Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit wahrgenommen haben.

Unter www.amnesty-tuebingen.de finden Sie Briefvorschläge der Deutschen Sektion von Amnesty International.



*Leung Kwok-hung auf einer Demonstration in Hongkong (Archivaufnahme vom Oktober 2017)
© IMAGO / ZUMA Wire*

Bitte schreiben Sie bis 30. April 2024 höflich formulierte Briefe an den Justizminister von Hongkong und bitten Sie ihn, dafür zu sorgen, dass die strafrechtliche Verfolgung von Leung Kwok-hung beendet wird und er umgehend und bedingungslos freigelassen wird.

Schreiben Sie in gutem Chinesisch, Englisch oder auf Deutsch an:

Justizminister
Paul Lam Ting-kwok
Department of Justice
G/F, Main Wing, Justice Place
18 Lower Albert Road, Central, Hong Kong
CHINA
Fax: 00852 – 39 02 86 38
E-Mail: sjo@doj.gov.hk
(Anrede: Dear Secretary Lam / Sehr geehrter Herr Justizminister)
(Standardbrief Luftpost 20g: 1,10 €)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft der Volksrepublik China
S. E. Herrn Wu Ken
Märkisches Ufer 54
10179 Berlin
E-Mail: presse.botschaftchina@gmail.com
oder de@mofcom.gov.cn
Fax: 030 – 27 58 82 21
(Standardbrief: 0,85 €)

Briefvorschlag:

Sehr geehrter Herr Justizminister,

ich möchte Sie auf den Fall des Hongkonger Aktivisten Leung Kwok-hung (auch bekannt als Long Hair) aufmerksam machen. Er gehört zu einer Gruppe ehemaliger Abgeordneter und Aktivist*innen, die im Februar 2021 auf Grundlage des Nationalen Sicherheitsgesetzes für Hongkong (NSL) angeklagt wurden. Da es sich um 47 Personen handelt, wurden die Gruppe und der Massenprozess unter dem Kürzel „HK47“ bekannt. Leung Kwok-hung wird „Verschwörung zum Umsturz“ vorgeworfen, weil er sich an selbstorganisierten „Vorwahlen“ der politischen Opposition für die Parlamentswahlen beteiligt hat. Im Falle einer Verurteilung droht ihm eine lebenslange Haftstrafe. Long Hair und alle übrigen HK47-Angeklagten müssen unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden, da sie nur strafrechtlich verfolgt werden, weil sie ihre Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit wahrgenommen haben. Deshalb bitte ich Sie, dafür zu sorgen, dass die strafrechtliche Verfolgung von Leung Kwok-hung beendet wird und er umgehend und bedingungslos freigelassen wird.

Hochachtungsvoll



KAMERUN:

Fünf Jahre Haft wegen friedlichem Protest

Dorgelesse Nguessan nahm im September 2020 zum ersten Mal in ihrem Leben an einer Demonstration teil. Die Behörden lösten die nicht genehmigte Versammlung gewaltsam auf und nahmen mehr als 500 Menschen fest, darunter die friedlich demonstrierende Dorgelesse Nguessan. Die alleinerziehende Mutter wurde u. a. des „Aufruhrs“ angeklagt und von einem Militärgericht unrechtmäßig zu fünf Jahren Haft verurteilt. Seither setzt sich Amnesty für ihre Freilassung ein. Jetzt schrieb sie ihren Unterstützer*innen aus dem Gefängnis:

Dorgelesse Nguessan hat zum ersten Mal in ihrem Leben demonstriert.

„Mir fehlen die Worte, wenn ich beschreiben möchte, was euer Einsatz bewirkt hat. Ihr seid auf uns zugegangen, als wir es am meisten brauchten. Mein Sohn war krank, meine Mutter war krank. Dass ich im Gefängnis bin, machte meiner Mutter sehr zu schaffen, es hat sie geschwächt. Der Briefmarathon gab ihr Kraft. Er hat uns allen Mut gemacht. Ich weiß nicht, wie ich Amnesty dafür danken soll. Am 18. Januar lehnte das Gericht unseren Antrag auf ein Berufungsverfahren ab. Sie sagten, wir hätten zu spät Widerspruch eingelegt und die Gebühren dafür zu spät bezahlt. Aber dann haben sie am 15. Februar den Einspruch gegen meine Verurteilung im Jahr 2020 tatsächlich akzeptiert – endlich. Am 21. März ist die Anhörung vor Gericht. Es gibt Hoffnung! Es bleibt uns auch nichts anderes übrig, als zu hoffen. Ich kann diesen Ort einfach nicht mehr ertragen. Es ist schwer, wenn andere freikommen ... Es gibt Tage, an denen ich aufwache und einfach nur weine. Wenn ich weiß, dass sich Menschen meines Falles annehmen, kann ich stark sein. Ansonsten spüre ich eine große Traurigkeit. Das Leben im Gefängnis ist hart. Wenn ihr noch nie im Gefängnis wart, könnt ihr euch das nicht vorstellen. Es ist wie Folter. Was die weitere Unterstützung für meine Freilassung betrifft, so könntet ihr an das Justizministerium schreiben. Bitte macht weiter. Ich wäre euch dankbar, wenn ihr euch weiterhin für mich einsetzen könntet. Möge Gott Amnesty weiterhin segnen und beschützen.“

Dorgelesse“

Bitte schreiben Sie bis zum 30. April höflich formulierte E-Mails oder Briefe an den Justizminister von Kamerun und fordern Sie ihn auf, dafür zu sorgen, dass der Schuldspruch und die gegen Dorgelesse Nguessan verhängte Strafe aufgehoben werden und sie umgehend und bedingungslos freigelassen wird. Bitten Sie zudem um die sofortige Freilassung aller Personen, die nur deshalb inhaftiert sind, weil sie bei Protesten ihre Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wahrgenommen haben.

Schreiben Sie in gutem Französisch, Englisch oder auf Deutsch an:

Laurent Ezzo
Ministère de la Justice
Quartier ministériel
Yaoundé
B.P. 1000
KAMERUN
E-Mail: celcom@minjustice.cm;
contact@minjustice.gov.cm; Hkembo@yahoo.com
(Anrede: Your Excellency / Exzellenz)
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft der Republik Kamerun
S. E. Herrn Victor Ndocki
Ulmenallee 32
14050 Berlin
Fax: 030 – 89 00 57 49
E-Mail: contact@ambacamer.de
(Standardbrief: 0,85 €)

Briefvorschlag:

Exzellenz,

ich wende mich an Sie, um auf den Fall von Dorgelesse Nguessan aufmerksam zu machen, die allein wegen ihrer Teilnahme an einer Protestveranstaltung in Duala eine fünfjährige Haftstrafe verbüßt.

Dorgelesse Nguessan nahm im September 2020 zum ersten Mal in ihrem Leben an einer Demonstration teil. Die Behörden lösten die nicht genehmigte Versammlung gewaltsam auf und nahmen mehr als 500 Menschen fest, darunter die friedlich demonstrierende Dorgelesse Nguessan. Die alleinerziehende Mutter wurde u.a. des „Aufruhrs“ angeklagt und von einem Militärgericht unrechtmäßig zu fünf Jahren Haft verurteilt.

Ich bitte Sie hiermit, dafür zu sorgen, dass der Schuldspruch von Dorgelesse Nguessan aufgehoben und sie umgehend und bedingungslos freigelassen wird. Ebenso appelliere ich an Sie, alle anderen Personen freizulassen, die nur deshalb inhaftiert sind, weil sie durch Protestaktivitäten ihre Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wahrgenommen haben.

Hochachtungsvoll

VENEZUELA:**Willkürliche Inhaftierung und Folter von Oppositionellen**

Emirlendris Benítez, María Auxiliadora Delgado und Juan Carlos Marrufo sind aus politischen Gründen willkürlich inhaftiert, und die Behörden verweigern ihnen die dringend notwendige medizinische Versorgung. Emirlendris Benítez wurde 2022 in einem politisch motivierten, unfairen Verfahren zu einer 30-jährigen Freiheitsstrafe verurteilt und ist unmenschlichen Haftbedingungen ausgesetzt. Seit ihrer Festnahme im August 2018 erlitt sie Folter, geschlechtsspezifische Gewalt und Diskriminierung. Sie muss dringend operiert werden, weil die schweren Menschenrechtsverletzungen zu gravierenden gesundheitlichen Problemen geführt haben. Auch María Auxiliadora Delgado und Juan Carlos Marrufo müssen dringend medizinisch untersucht werden, da sie an Erkrankungen leiden, die möglicherweise ihr Leben gefährden. Sie wurden im März 2019 festgenommen und befinden sich in einer Haftenrichtung unter der Leitung der militärischen Spionageabwehr (DGCIM). Die Regierung von Nicolás Maduro will mit diesen und anderen politisch motivierten, willkürlichen Inhaftierungen Menschen zum Schweigen bringen, die sich gegen Unrecht und Korruption zur Wehr setzen.



*Emirlendris Benítez ist seit 2018 in Venezuela willkürlich inhaftiert.
(undatiertes Foto)*

Bitte schreiben Sie bis 30. April 2024 höflich formulierte Briefe, E-Mails oder Nachrichten über X an den Präsidenten Venezuelas und fordern Sie ihn auf, sicherzustellen, dass Emirlendris Benítez, María Auxiliadora Delgado und Juan Carlos Marrufo unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden. Bitten Sie ihn außerdem, dafür zu sorgen, dass die drei Gefangenen, solange sie noch inhaftiert sind, umgehend uneingeschränkter Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung erhalten.

Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch an:

Nicolás Maduro
Presidente de la República Bolivariana de Venezuela
Edificio Palacio de Miraflores
Avenida Urdaneta
Caracas
VENEZUELA
E-Mail: correo@presidencia.gob.ve
X (Twitter): [@NicolasMaduro](https://twitter.com/NicolasMaduro)
(Anrede: Señor Presidente / Sehr geehrter Herr Präsident)
(Standardbrief Luftpost 20g: 1,10 €)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft der Bolivarischen Republik Venezuela
S. E. Herrn Ramon Orlando Maniglia Ferreira
Schillstraße 10
10785 Berlin
Fax: 030 – 83 22 40 20
E-Mail: embavenez.berlin@botschaft-venezuela.de
(Standardbrief: 0,85 €)

Vorschlag X-Nachricht auf Spanisch:

#Venezuela: @NicolasMaduro, la salud de Emirlendris Benítez no puede esperar más. María Auxiliadora Delgado y Juan Carlos Marrufo también necesitan atención médica urgente. Sus vidas están en riesgo. Es su obligación garantizar su salud, integridad y libertad. #NoMásVidasDetenidas

Briefvorschlag:

Sehr geehrter Herr Präsident,

Emirlendris Benítez, María Auxiliadora Delgado und Juan Carlos Marrufo sind seit mehreren Jahren aus politischen Gründen willkürlich inhaftiert, und die Behörden verweigern ihnen die dringend notwendige medizinische Versorgung. Emirlendris Benítez wurde 2022 in einem politisch motivierten, unfairen Verfahren zu einer 30-jährigen Freiheitsstrafe verurteilt und ist unmenschlichen Haftbedingungen ausgesetzt. Seit ihrer Festnahme im August 2018 erlitt sie Folter, geschlechtsspezifische Gewalt und Diskriminierung. Sie muss dringend operiert werden, weil die schweren Menschenrechtsverletzungen zu gravierenden gesundheitlichen Problemen geführt haben. Auch María Auxiliadora Delgado und Juan Carlos Marrufo müssen dringend medizinisch untersucht werden, da sie an Erkrankungen leiden, die möglicherweise ihr Leben gefährden.

Ich bitte Sie hiermit, sicherzustellen, dass Emirlendris Benítez, María Auxiliadora Delgado und Juan Carlos Marrufo unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden. Außerdem bitte ich Sie, dafür zu sorgen, dass die drei Gefangenen, solange sie noch inhaftiert sind, umgehend uneingeschränkter Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung erhalten.

Hochachtungsvoll

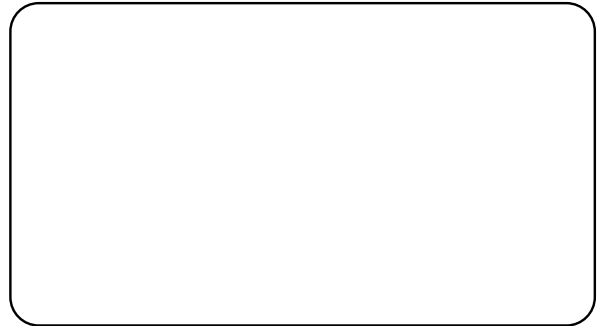
Mitleid allein hilft nicht!



So können Sie zur Freilassung von gewaltlosen politischen Gefangenen beitragen und sich gegen Folter und Todesstrafe engagieren:

- als aktives Mitglied einer Gruppe
- durch Briefe schreiben („Briefe gegen das Vergessen“, Eilaktionen, s.u.)
- durch finanzielle Unterstützung

Einzelspenden bitte an das Konto: Bank für Sozialwirtschaft - Spendenkonto: IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00; BIC: BFSWDE33XXX (Kto. 80 90 100; BLZ 370 205 00), bitte unter Angabe der Gruppen-Nummer 1322 (oder anderer Gruppen-Nummer, s. unten) oder **regelmäßige finanzielle Unterstützung** (s. Förderer-Erklärung)



Bei Adressänderungen bitte unbedingt den alten Adressaufkleber mitschicken!



Infocoupon

Ich möchte

- weitere Informationen über Amnesty International
- die ANKLAGEN regelmäßig erhalten
- an der Aktion „Briefe gegen das Vergessen“ teilnehmen
- an Eilaktionen teilnehmen
- aktiv mitarbeiten
- an der „Tübinger Aktion“ teilnehmen (Briefaktion zu verschiedenen Ländern)

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Falls möglich, bitte E-Mail-Adresse angeben (zur kostengünstigen Zusendung der Briefe):

Bitte den Coupon ausschneiden und einsenden an:

Amnesty International
ANKLAGEN-Redaktion
Wilhelmstr. 105
72074 Tübingen

Förderer-Erklärung

Ich möchte die Arbeit von Amnesty International finanziell unterstützen. Um die Verwaltungskosten möglichst gering zu halten, bin ich damit einverstanden, dass der unten angegebene Betrag im Lastschriftverfahren erhoben wird. Ich erteile folgende EINZUGSERMÄCHTIGUNG an Amnesty International, Zinnowitzer Straße 8, 10115 Berlin:

IBAN:

BIC:

Betrag: EUR

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Ort/Datum:

Zahlungsweise: monatlich

vierteljährlich

jährlich

Datum/Unterschrift:

Verwendung für Gruppe 1322 (oder andere Gruppe angeben, s. unten):

Ab einem Förderbeitrag von 84,- Euro pro Jahr erhalten Sie alle zwei bis drei Monate das Menschenrechtsmagazin AMNESTY JOURNAL.



Albstadt, Gruppe 1508
Hedi Abel
Hunsrückstr. 1
72458 Albstadt 1
Tel. 07431 4715
www.ai-albstadt.de

Esslingen, Gruppe 1350
Gunther von Kirchbach
Barbarossastraße 50
73732 Esslingen
Tel. 0711 375409
info@amnesty-es.de

Göppingen, Gruppe 1110
Claus Fischer
Stuifenstr. 8
73104 Börlingen
clausrfischer@googlemail.com

Hechingen, Gruppe 1545
Reinhard Leinberger
Böllatweg 33
72379 Hechingen
grlmb@yahoo.de

Herrenberg, Gruppe 1635
Amnesty International
Stuttgarter Str. 12
71083 Herrenberg
Tel. 07452 75219
www.amnesty-herrenberg.de

Nürtingen, Gruppe 1651
Wolfgang Altenpohl
www.amnesty-nuertingen.de
info@amnesty-nuertingen.de

Rottweil, Gruppe 1548
Oliver Stenzel
Neckarstr. 54
78628 Rottweil
beglueckt@t-online.de

Tübingen, Gruppe 1322
Amnesty International
Wilhelmstr. 105
72074 Tübingen
www.amnesty-tuebingen.de
info@amnesty-tuebingen.de

Villingen-Schwenningen,
Gruppe 1236
Caroline Weber
Berliner Platz 1
78048 VS-Villingen
Tel. 07721 9169272
www.ai-villingen-schwenningen.de
caroline.weber60@yahoo.de

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

